

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 160 (1994)

Heft: 6

Artikel: Anforderungen an die Schweizer Armee der Zukunft

Autor: Rickenbacher, Iwan

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-63203>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Anforderungen an die Schweizer Armee der Zukunft

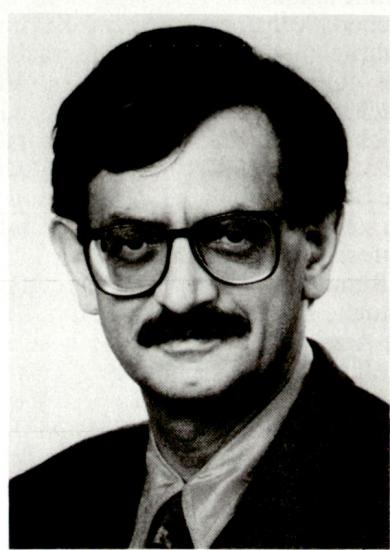
ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF

Die Erwartungen sind sehr widersprüchlich

Die Erwartungen, die zurzeit in der Öffentlichkeit an Einsätze der Armee gestellt werden, könnten widersprüchlicher nicht sein. Gefordert und verworfen zugleich werden Armeeeinsätze zur Verstärkung des Grenzwachtkorps in Friedenszeiten, um illegale Grenzübertritte an der grünen Grenze zu unterbinden. Gefordert und heftig bekämpft zugleich werden Armeeeinsätze zur Verwahrung und Bewachung von Drogendelinquenten. Die Geister scheiden sich erheblich an der Frage, ob Kontingente der Schweizer Armee als UNO-Blauhelme internationale Friedenseinsätze mittragen sollen; die Meinungsfronten reichen bis tief in die Schweizerische Offiziersgesellschaft hinein. Wird die Idee der «Partnerschaft für den Frieden» mit der NATO operationell, braucht es keine prophetischen Gaben, um die Auseinandersetzung zwischen strikten Gegnern jeder sicherheitspolitischen Kooperation und Befürwortern eines zumindest kontinental gespannten Sicherheitsnetzes vorauszusagen.

Solange aufgrund der sicherheitspolitischen Lage ein sehr diffuses Bedrohungsbild herrscht, werden auch die Vorstellungen über sinnvolle Einsätze der Armee in der breiten Öffentlichkeit divergieren. Bedeutsam ist, welche Meinungen und Erwartungen in unserem demokratischen System mehrheitsfähig werden oder mehrheitsfähig gemacht werden können.

Meine Aufgabe ist es, einige innenpolitisch bedeutsame Entwicklungen zu skizzieren, die sich in Erwartungen an die Armee niederschlagen können. Ich werde auch versuchen, diese Erwartungen auf ihre Konsensfähigkeit zu prüfen, denn zur Anforderung im eigentlichen Sinne wird nur, was mehrheitsfähig ist. Meine Aufgabe ist es nicht, die Elemente der Armee nach 95 zu skizzieren, welche mehrheitsfähigen Anforderungen entspricht.



Iwan Rickenbacher
Dr. phil., Oberst i Gst,
Direktor einer PR Agentur,
Bern

Innenpolitisch bedeutsame Entwicklungen mit sicherheits- politischer Bedeutung

Die Auswahl der politischen Handlungsfelder und ihrer Entwicklungen zu treffen, die für eine sicherheitspolitische Meinungsbildung, welche auch die Armee betrifft, von Bedeutung sind, ist nicht einfach. Es gilt der Versuchung zu widerstehen, sozusagen alle politischen Rahmenbedingungen sicherheitspolitisch zu finalisieren. Natürlich wird die Lage der öffentlichen Finanzen – nicht nur die des Bundes – zwingen, Prioritäten zu setzen. Selbstverständlich werden feststellbare Veränderungen in der natürlichen Umwelt die öffentliche Auseinandersetzung um die Zukunft individueller und gesellschaftlicher Verhaltensweisen steuern, aber dies gilt für alle Politikbereiche.

Entwicklungen mit sicherheits- politischen Konsequenzen

Demographische Entwicklungen und Migration

Die industriellen Demokratien stellten im Jahre 1950 ein Fünftel der Weltbevölkerung. Im Jahre 2025 wird ihr Anteil weniger als ein Zehntel ausmachen. Die demographischen Gewichte befinden sich weltweit in einer zunehmenden Schieflage, die bedrohlich wird, wenn der Zugang zu den lebensnotwendigen Ressourcen in Rechnung gestellt wird. Die Lage für das Sechstel der Weltbevölkerung, welches fünf Sechstel der Güter der Erde geniesst, wird ungemütlich.

«Die Schubfaktoren in der überbevölkerten Entwicklungswelt werden verstärkt durch die Anzugsfaktoren des Bevölkerungsrückgangs in den entwickelteren Gesellschaften», sagt Paul Kennedy in seinem Buch «In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert» (Frankfurt 1993) und spricht von den Zukunftsräumen, welche eine schrumpfende Bevölkerung in den entwickelten Ländern bezüglich Arbeitsplätzen, den Bereichen der Innenstädte, den Märkten usw. öffnet.

Die demographische Explosion innerhalb des Ferienrayons der Schweizer Durchschnittsfamilie, die mit ihren 1 oder 2 Kindern nicht zur Selbsterhaltung des heutigen Schweizer Bevölkerungsanteils beiträgt, ist der entscheidende Hintergrund für die sicherheitspolitische Diskussion der nächsten Jahre.

Im Jahre 2000 werden in der Schweiz im Vergleich zu 1990 100 000 junge Menschen von 1 bis 19 Jahren weniger, weit über 100 000 Menschen im Pensionsalter mehr leben.

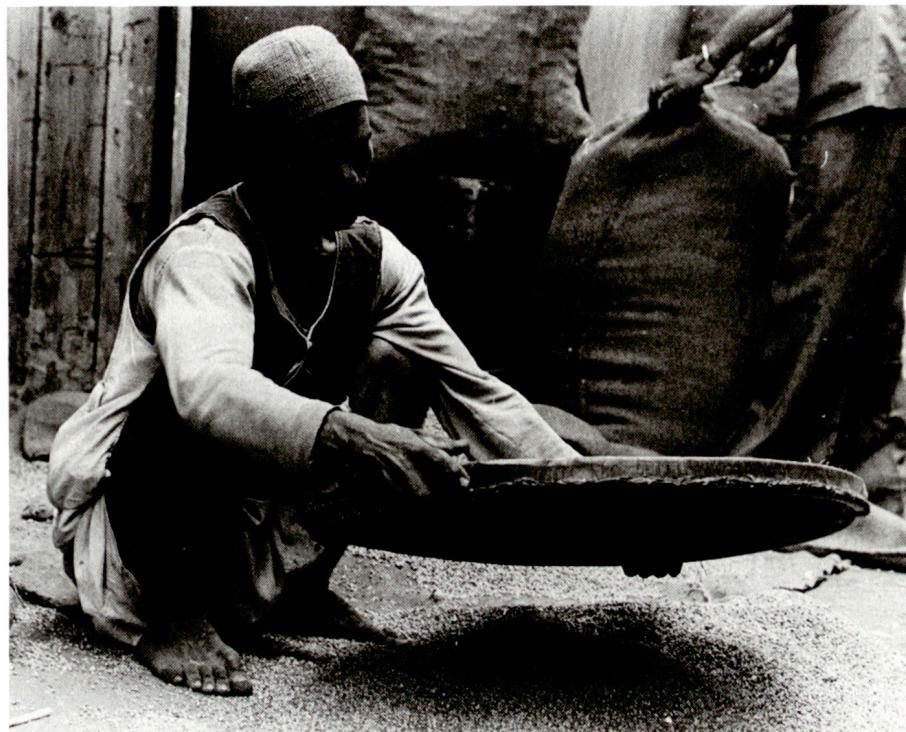
Ich gehe davon aus, dass der Wettlauf um die Verbesserung der Produktion und des Lebenstandards in Afrika sowie in weiten Bereichen der ehemaligen Sowjetunion vorerst in Richtung von noch mehr Armut verloren geht. Das heißt konkret, wir werden die Auswirkungen in Form verstärkter Migration spüren. Der innenpolitische

Druck auf wirksame Massnahmen zur Begrenzung der Einwanderung wird zunehmen. Die Beurteilung der adäquaten Mittel, die anzuwenden sind, wird sehr unterschiedlich bleiben. Verläuft die künftige illegale Migration aggressiver als die bisherige, wird der Ruf nach dem Einsatz der Armee für Grenzüberwachungsaufgaben, zur Sicherung und Kontrolle eingewandter Illegaler, zunehmen. Aufgaben aus dem Bereich des Assistenzdienstes werden breitere Akzeptanz finden als heute, wo praktisch nur die Katastrophenhilfe und die Unterstützung bei zivilen Grossanlässen unbestritten sind. Der permanente Einsatz von Armeeformationen im Assistenzdienst stellt neue Probleme, die hier aber nicht zu erörtern sind.

Die Globalisierung wichtiger Lebensbezüge

Die ökonomische Globalisierung wird ein solches Ausmass annehmen, dass für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger die Integrität des Nationalstaates als bestimmende Grösse der Politik zu verschwinden droht. Diese Globalisierung wird zunehmend auch durch den Einzelnen spürbar, der in seinem Umfeld feststellt, dass Entscheide über seinen Arbeitsplatz, Entscheide über die Produktpalette seines Unternehmens, Angebote in den täglich eingeschalteten Medien, technische Normen, ökologische Standards, der Wert des Geldes und vieles mehr ausserhalb der Reichweite der eigenen politischen Zuständigkeit bestimmt werden. Wer in traditionellen Begriffen denkt, wird zunehmend Mühe haben, die Begrenzung nationaler Zuständigkeit zu akzeptieren.

Die Selbstbestimmungsreflexe, die bis hin zur «Alpeninitiative» wirksam geworden sind, werden sich als Gengengewicht zur Globalisierung wichtiger Lebensbedingungen verstärken und ihren Niederschlag dort finden, wo nationale Entscheidungsspielräume offen zu sein scheinen. Zu solchen Bereichen gehören das Volksschulwesen, weitgehend auch das berufliche Bildungswesen, die Kulturpolitik, weitgehend auch die Entwicklung der staatlichen Institutionen. Im Kleinstaat Schweiz, von lauter Nachbarn umgeben, die innerhalb der Europäischen Union trotz deren Mängel untereinander ein stabiles Friedenskonzept verwirklicht haben, gehört zu den von niemandem bestrittenen nationalen Entscheidungsräumen auch die Schweizer Armee. Niemand macht uns unser Konzept streitig, und die Si-



Solange in Armut lebende Menschen noch Hoffnung auf einen besseren Lebensstandard haben können, bleibt die Gefahr von Massenemigration verhältnismässig klein: Ein ägyptischer Arbeiter beim Getreidesieben auf einem Kairoer Markt. (Keystone)

cherheitskräfte, welche den europäischen Raum schützen, erwarten von der Schweiz primär den Beitrag, in den eigenen Grenzen für Stabilität zu sorgen. Wie die Schweiz ihre Armee organisiert, wird uns niemand vorschreiben.

Dieser Freiraum nationaler Entscheidung wird für die Entwicklung der Armee verschiedene Auswirkungen haben. Zum einen wird es immer starke Kräfte geben, die eine stärkere Einbindung der Armee in internationale Sicherheitssysteme bekämpfen werden, wohl auch aus der recht egoistischen Feststellung, dass diese Systeme im Falle eines europäischen Krieges so oder so für uns wirksam sein werden. Zum anderen wird die Begründung für die Bereitstellung der Mittel und Aufwendungen für die Armee primär eine nationale sein müssen, um die notwendige Zustimmung zu erhalten, eine nationale Begründung ausgehend von den Qualitäten unseres unmittelbaren europäischen Umfeldes als kooperierende, in supranationale Strukturen eingebundene Staaten.

Eine neue Dimension erhält die Armeediskussion erst, wenn unser Land stärker in einen europäischen Staatenverbund und damit mit der Zeit auch in ein gemeinsames Sicherheitskonzept eingebunden sein wird. Ich meine, wir werden diesen Zustand nicht allzu schnell erleben. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die Begründung

der Aufwendungen für die Armee zunehmend von nationalen Bedürfnissen bestimmt sein. Im Verständnis vieler Bürgerinnen und Bürger wird die Armee Aufgaben einer Nationalgarde erfüllen müssen, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Je länger unser Land im Gegensatz zu allen unseren unmittelbaren Nachbarn primär auf Unabhängigkeit im nationalen Rahmen setzt, desto nationaler und international weniger kompatibel wird sich auch die Armee entwickeln können.

Die Verteilung der Arbeit

Die biotechnologische Revolution, verbunden mit der Tüchtigkeit unserer Landwirte, beschert uns einen Produktivitätszuwachs, welcher die Hälfte der heutigen Arbeitsplätze auch ohne GATT-Abkommen in der Landwirtschaft wegrealisiert. Die Schweiz gehört zu dem halben Dutzend Spitzennationen in der Entwicklung der Automatisierung und Robotertechnik. Wir stehen am Anfang einer industriellen Revolution, welche jene übertrifft, die mit der Nutzung der Dampfmaschine begonnen hat. Wir werden auch für eine schrumpfende Bevölkerung zu viel und zu wenig Arbeit haben, zu wenig bezahlte und zu viel unbezahlte Arbeit. Wir werden uns überlegen müssen, ob wir Arbeitslose bezahlen oder ob wir bisher unbezahlte Arbeit durch Zuschüs-

se zu bezahlter Berufsarbeit umwandeln wollen. Die Frage stellt sich insbesondere bezüglich der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen. Die sozialen und psychischen Wirkungen der Jugendarbeitslosigkeit sind auf Dauer verheerend.

Andererseits stellen wir fest, dass für militärdienstpflichtige und im Berufsleben geforderte Menschen die zusätzlichen Belastungen durch ein höheres militärisches Engagement in der Milizarmee zum Teil nicht akzeptabel werden. Konfrontiert mit einer langerdauernden Sockelarbeitslosigkeit, welche einen Teil der Jugend betrifft, wird die Frage der Schaffung von Arbeitsplätzen in Bereichen bisheriger Gemeinnützigkeit, auch in der Armee, unter dem Gesichtspunkt der Verteilung der Arbeit bald virulent werden. Die Armeen anderer Staaten sind schon längere Zeit nicht nur sicherheitspolitische Instrumente im engeren Sinne, sondern auch Arbeitgeber auf längere oder kürzere Zeit für einen Teil der Jugend, die sonst keine Chance hätte, integriert zu bleiben und ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die Frage ist unter Umständen nicht mehr die, ob wir uns die Aufwendungen für eine Berufsarmee leisten können, sondern wie wir Arbeit, auch gesellschaftliche Arbeit, im Sinne von militärischen und/oder sozialen Dienstleistungen angesichts schwindender Arbeitsplätze besser verteilen können. An der Schwelle des 21. Jahrhunderts erhält auch in den entwickelten Nationen der Zugang zu Arbeit den gleichen Stellenwert wie vor hundertfünfzig Jahren der Zugang zu Bildung. Die hier angedeuteten Prozesse beschäftigen unsere Gesellschaft schon im jetzigen Jahrzehnt.

Nationale Klammer

Es ist unbestritten, dass die Armee, die Erwartungen und Ansprüche an die Armee in Zeiten unmittelbar erfahrener äusserer Gefahr für Leib und Leben anders waren als heute. Die Armee als Gemeinschaftsleistung garantierte im Bewusstsein unserer Eltern während langer Zeit nationale und persönliche Unversehrtheit. Auf diesem Hintergrund war die Armee zwar keine Klammer der Nation, aber sie symbolisierte eine.

Die Armee wird für die Schweizer Bevölkerung diese Symbolkraft so schnell nicht wieder erlangen. Unsere Klammer sind heute die direktdemokratischen Elemente, die uns alle von allen anderen Nachbarn unterscheiden, wobei ich zugebe, dass die

direktdemokratischen Entscheidungen auch zu einer Belastung des nationalen Zusammenhalts führen können, wie jüngste Beispiele zeigen. Aber auch die Romands würden, vor die Wahl gestellt, nicht auf diese Institutionen verzichten wollen.

Die wichtigste Klammer aber ist und bleibt der Wohlstand unseres Landes, der uns von allen uns umgebenden Staaten abhebt. Wir haben trotz gelegentlichen Hiobsmeldungen guten Grund, anzunehmen, dass wir zu den Ländern gehören, die für die Herausforderungen der Zukunft am besten gerüstet sind, aufgrund der Ausbildung der Bevölkerung, der Entwicklung der Technik, der Leistungsfähigkeit der staatlichen Administration, dem Zustand der natürlichen Umwelt.

Nationaler Zusammenhalt, der sich auf Wahrung des Wohlstandes gründet und nicht primär auf Abwendung äusserer Gefahren, verändert die Wertung gemeinsamer Institutionen wie der Armee. Wir müssen davon ausgehen, dass Dienst in der Armee, Karrieren in der Armee bedeutend weniger attraktiv erscheinen werden als z.B. berufliche Karrieren, als unternehmerischer Erfolg, als Erfindungsgabe im wirtschaftlichen Umfeld, als wissenschaftliche Karrieren. Wirtschaftliche Visionäre haben heute höheres Prestige als Divisionäre. Die Frage stellte sich früher so nicht, weil zivile Führungspersönlichkeiten auch militärische Kader waren.

Die soziale Wertung gesellschaftlicher Einrichtungen steuert die Mittelzuweisung. Die Armee wird den Druck noch stärker spüren. Dies wird Konsequenzen für die Begründungsarbeit haben, die für eine funktionsstüchtige Armee zu leisten sein wird. Die Kritik an Armeeaufwendungen wird politisch nicht mehr nur traditionell zu orten sein.

Mehrheitsfähige Entwicklungen

Die blosse Ausrichtung unseres sicherheitspolitischen Denkens auf Ereignisse, die in den Grenzen unseres Landes stattfinden könnten, kann zu einer Armee-Entwicklung führen, die problematisch sein kann, in Richtung einer blosen und ausschliesslichen Sicherheitsformation zur Abhaltung ziviler Bedrohungen zum Beispiel.

Als Offizier hoffe ich deshalb, das Schweizer Volk werde im Juni dieses Jahres der Blauhelm-Vorlage zustimmen, um den Aspekt der internationa-

len Solidaritätsleistung in der Ausrichtung der Armee zu erhalten, ein Gesichtspunkt, der für die Aufwendung der Armee in der Zeit des Kalten Krieges durchaus vorhanden war. Die meisten Bürger verstanden unsere Anstrengungen damals als Beitrag zur Erhaltung der freien, demokratischen Welt. Heute ist der Friede für viele Minderheiten in Europa gefährdet. Mit einem neuen Solidaritätsakt kann die Schweizer Armee sich einerseits als Kraft der demokratischen Welt einbringen und andererseits sich weiterhin an internationalen Standards messen.

Die sich verschärfende Migrationsfrage, das Weiterbestehen internationaler und beinahe militärisch organisierter Verbrecherbanden, vagabundierende Gruppen von Menschen, deren einziges Ziel Überleben heisst, werden die Hoffnung nähren, die Armee könnte Abhilfe schaffen. Die Armee wird, so bin ich überzeugt, höchstens subsidiär und zeitweilig Dienste leisten können.

Die Armee der Zukunft wird für einen Teil der Jugend eine wichtige Ausbildungsfunktion erfüllen, sie wird möglicherweise für mehr Menschen als heute auch Arbeitgeber sein, um angesichts von Arbeitslosigkeit bestehende Arbeit besser zu verteilen.

Unmittelbar zu Besorgnis Anlass gibt die gesellschaftliche Wertung der Armee in der Integralität ihrer Funktion. Punktuelle öffentliche Erfolgsergebnisse, etwa bei der positiven Aufnahme von Armeeleistungen bei Umweltkatastrophen, sollten nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Einschätzung der Armee mindestens indifferenter, wenn nicht negativer wird. Die zu erwartenden sozialen Verteilkämpfe werden die Armeeaufwendungen wieder in Frage stellen. Ohne rasche Erfolge in der Verwirklichung von «Armee 95» und ohne eine bessere Darstellung der Leistungen der Armee auch durch uns, die Offiziere, werden allenfalls Entscheidungen über die Armee der Zukunft durch die Drosselung der finanziellen Mittel obsolet.

Wie andere gesellschaftliche Einrichtungen, deren unmittelbarer Nutzen nicht täglich am eigenen Leib erfahren wird, muss auch die Armee über ihre Angehörigen die eigenen Leistungen einer breiten Öffentlichkeit darstellen. Damit spreche ich aber mögliche Konsequenzen meiner Überlegungen an, die Sie in den folgenden Diskussionen selber ziehen werden.